Deutscher Bundestag **Drucksache 7/1867**
7. Wahlperiode 22. 03. 74

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 27. März 1974

am Donnerstag, dem 28. März 1974

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	9, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	11, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	13, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	15, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	16, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	18, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	3, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	20, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen	6, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	6, 30 *)

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei Peter Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

1. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Wie hoch ist der Anteil der Förderungsmittel für Eigenheime, die im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus errichtet werden sollen, innerhalb der vom Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau durchgeführten Zinsverbilligungsmaßnahmen für 50 000 Sozialwohnungen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

2. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Besteht nicht durch die in § 16 des Devisengesetzes vom 19. Dezember 1973 der „DDR" begründete und mit erheblicher Strafe sanktionierte Anmeldungs- und Anbietungspflicht für Grundstücke von Deviseninländern der „DDR" die Gefahr, daß die „DDR" zum größten Grundbesitzer in der Bundesrepublik Deutschland wird, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung auf Grund bestehender gesetzlicher Bestimmungen und eventuell neu zu schaffender Gesetze gegen den Mißbrauch unserer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung durch Organe der „DDR" zu ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

3. **Abgeordneter Tillmann** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung mehrfach erklärt hat, daß die im Einzelplan 10 des Bundeshaushalts ausgewiesenen 10 Millionen DM für die Unterhaltung von Naturparks nur dann ausgezahlt werden können, wenn dem Bund die konkurrierende Gesetzgebung im Natur- und Landschaftsschutz eingeräumt wird, und hält die Bundesregierung diese Erklärung nach jahrzehntelanger entgegengesetzter Praxis in gleichgelagerten Fällen für rechtlich oder nur für politisch begründet?

4. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Nachwuchssituation in der Landwirtschaft im allgemeinen, wieviel landwirtschaftliche Voll- und Nebenerwerbsbetriebe sind voraussichtlich ohne Hofnachfolge?

5. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Wie viele Landwirte zwischen 25 und 40 Jahren sind unverheiratet?

6. Abgeordneter **Dr. Weber (Köln)** (SPD)

Kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen, daß innerhalb der EG bereits über 100 000 t Obst vernichtet worden sei und daß auch beabsichtigt sei, im Zuge der gleichen Vernichtungsaktion in Norddeutschland 5000 t bis 6000 t Äpfel zu vernichten?

7. Abgeordneter **Dr. Weber (Köln)** (SPD)

Stimmt es, daß gleichzeitig die Preise für Obst erheblich angehoben worden sind und daß die Vernichtung erfolgte, um Preisausbrüche zu verhindern?

8. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesfinanzministers, die in einem Telegramm an den Bundesrat zum Ausdruck kommt, wonach „besondere einkommenspolitische Forderungen der deutschen Landwirtschaft nicht gerechtfertigt erscheinen"?

9. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesernährungsminister der Auffassung, daß der stabilitätspolitische Beitrag, den die deutsche Landwirtschaft nach Auffassung des Bundesfinanzministers zu leisten habe, in den Verhandlungen in Brüssel so gesehen werden muß, daß unterhalb der Schwelle der Kommissionsvorschläge verhandelt wird und dieses die Richtschnur für die Verhandlungsweise der deutschen Delegation in Brüssel zu sein habe?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

10. Abgeordnete **Frau Tübler** (CDU/CSU)

Ist sichergestellt, daß Fachoberschüler so rechtzeitig zur Ableistung des Wehrdienstes herangezogen werden können, daß sie im Hinblick auf ihr späteres Studium keine unvertretbaren Wartezeiten hinnehmen müssen?

11. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Wie viele Wehrpflichtige wurden seit dem 1. Januar 1973 einberufen, die gegen ihren rechtzeitig gestellten, aber abgelehnten Antrag auf Kriegsdienstverweigerung Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht hatten, und wie viele, deren Antrag nach der Musterung gestellt wurde und die noch keinen Einberufungsbescheid erhalten hatten?

12. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Wie viele Soldaten, über deren Antrag noch nicht rechtskräftig entschieden ist oder der rechtskräftig abgelehnt war, wurden stationär

psychiatrisch behandelt, wegen Befehlsverweigerung disziplinarisch bestraft, wegen Befehlsverweigerung gerichtlich bestraft, begingen Dienstflucht, wurden wegen Dienstflucht disziplinarisch oder gerichtlich mit welcher Strafe belegt oder begingen Selbstmord?

13. Abgeordneter **Dr. Schwencke** (SPD)

Welche planerischen und Auftragsvergabe-Konsequenzen hat oder wird die Bundesregierung aus der schon im Herbst vergangenen Jahrs als vor dem Abschluß stehende „Studie" zur Rüstungspolitik — dem Überangebot von Kapazitäten und dem stark reduzierten Bundeswehrbedarf — ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

14. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, nach denen Berliner Obst- und Gemüseimporteure vereinbart haben, den Import von grünen Salaten zu stoppen, weil in holländischen und belgischen Treibhäusern das Pflanzenschutzmittel Quintozen bei der Produktion dieses Salats verwendet wurde, und hält die Bundesregierung eine Änderung der Verordnungen zum Pflanzenschutzgesetz für notwendig?

15. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß aus Holland nach Berlin importierter Salat 3,0 ppm Quintozen enthalten hat bei einer in Deutschland zugelassenen Menge von 0,3 ppm, und was gedenkt sie zu unternehmen angesichts der sicheren Annahme, daß auch in die übrigen Länder der Bundesrepublik Deutschland holländischer Salat eingeführt wurde, der der deutschen Rückstandsverordnung nicht entspricht?

16. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Januar 1974 salmonellenhaltiges entbeintes Geflügelfleisch aus Italien über die holländische Grenze eingeführt worden ist, und was gedenkt sie gegen die ständige Vergiftung deutscher Verbraucher durch ausländische Lebensmittelimporte zu unternehmen?

17. Abgeordneter **Härzschel** (CDU/CSU)

Wie hat sich die Lebenserwartung von Männern und Frauen in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten fünf Jahren verändert?

18. Abgeordneter **Fiebig** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Prüfung der Arzneimittel auf Unbedenklichkeit und Wirksamkeit nach dem Entwurf der 2. EG-Richtlinie und nach der Deutschen Prüfungsrichtlinie vom Juni 1971 nach Auffassung führender Fachwissenschaftler wissenschaftlich nicht haltbar ist, weil Tierversuche bestenfalls Anhaltspunkte, aber keine Beweise der Unschädlichkeit am Menschen erbringen können, da die sogenannte klinische Prüfung am gesunden Menschen über die Wirksamkeit am Kranken nichts aussagen kann, während schließlich eine therapeutische Prüfung am Kranken unausweichlich einen Versuch am Menschen darstellen würde, die nach der Deklaration von Helsinki nicht zulässig ist, und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung daraus für die geplante Arzneimittelrechtsreform ziehen?

19. Abgeordneter **Fiebig** (SPD)

Entspricht es der Auffassung der Bundesregierung — wie von Staatssekretär Wolters in einem Interview geäußert —, daß die Zahl der Arzneimittel vermindert und damit die Konkurrenz der Hersteller eingeschränkt, eine Konzentration der Arzneimittelhersteller auf dem Weg des Arzneimittelgesetzes gefördert werden sollte, und ist die Bundesregierung sich darüber im klaren, daß die Verminderung der Konkurrenz und die Förderung der Konzentration zusammen mit den hohen Kosten der vorgesehenen Arzneimittelprüfungen erhebliche Preiserhöhungen auf dem Arzneimittelmarkt zur Folge haben wird, die zu weit überwiegendem Teil die Krankenversicherungen zu tragen hätten?

20. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen hat das Absinken der Geburtenziffer, ihr Verhältnis zur Sterbeziffer und die für beide erkennbaren Tendenzen auf die absehbare wirtschaftliche und soziale Entwicklung, insbesondere auf die Fähigkeit, die notwendigen staatlichen und sozialen Leistungen zu erbringen, sowie auf die sachlichen und personellen Ausbildungskapazitäten, und zu welchen Überlegungen sieht sich die Bundesregierung dadurch veranlaßt?

21. Abgeordneter **Dr. Warnke** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, die „DDR" lasse die Charité und das neue Diplomatenkrankenhaus in Ost-Berlin von der Fa. Siemens einrichten und deutet dies, wie auch der hohe Anteil der Ärzte unter den Flüchtlingen aus der „DDR", nach Auffassung der Bundesregierung darauf hin, daß ein staatlicher Gesundheitsdienst wesentlich weniger leistungsfähig ist als ein Gesundheitsdienst, der auf einer freiberuflichen Tätigkeit von Ärzten beruht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen

22. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Wann ist die Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen und allen bei der Deutschen Bundespost vertretenen Gewerkschaften über die Gesamterstattung der streikbedingten Ausfallzeiten abgeschlossen worden, und welches ist konkret (welche Summe wird wann gezahlt, und beschränkt sie sich auf die Vergütung für nach dem Streik notwendig gewordene Überstunden) ihr Inhalt?

23. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Ist die mir auf die Frage Nr. 21 Drucksache 7/1700 am 20. Februar 1974 erteilte Antwort noch richtig, daß bei der Deutschen Bundespost streikbedingte Ausfallzeiten für jeden einzelnen Arbeitnehmer ab Streikbeginn aufgezeichnet wurden, wieviel Arbeitsstunden sind bei Beamten, Angestellten und Arbeitern durch den Streik ausgefallen, und hat die Deutsche Bundespost einen Überblick darüber, welche Dienstleistungen infolge des Streiks für die Postkunden nicht oder nur zu spät erbracht werden konnten?

24. Abgeordneter **Jaunich** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die auf dem Kongreß Rettungswesen des DRK von Fachleuten geäußerten Befürchtungen, durch die angekündigten Gebührenerhöhungen der Deutschen Bundespost werde der plangerechte Ausbau direkter Notrufleitungen unmöglich, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, gegebenenfalls einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

25. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

In welchem Umfang werden Abiturzeugnisse von Spätaussiedlern anerkannt bzw. nicht anerkannt, und welches sind die Gründe, die jeweils zur Versagung der Anerkennung führen?

26. Abgeordneter **Immer** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Firmen, die im Bereich der Belieferung von Schulen mit Unterrichts- und Übungsmaterial bzw. -geräten ein gewisses Monopol besitzen, auch beim Bezug großer Mengen (z. B. Ersatzteile, Chemikalien) häufig um 300 bis 400% höhere Preise berechnen als der örtliche Handel, und wie gedenkt sie diesen Mißstand zu beseitigen?

27. Abgeordneter **Immer** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Bewilligungsbescheide für die von ihr geförderten Schulmodelle so rechtzeitig zuzustellen, daß Verlegenheitskäufe zum Ende eines Haushaltsjahrs vermieden werden?

28. Abgeordneter **Vogt** (CDU/CSU)

Gibt es Möglichkeiten, nach denen die Vorschrift des § 2 der Berufsgrundbildungsjahr-Anrechnungs-Verordnung vom 4. Juli 1972 im Einvernehmen des Auszubildenden mit seinen Eltern und dem Ausbildungsbetrieb nicht eingehalten werden muß, und wenn ja, bestehen diese Möglichkeiten unter den gleichen Voraussetzungen gegebenenfalls auch bei der Vorschrift des § 2 Abs. 2 der Berufsfachschul-Anrechnungs-Verordnung vom 4. Juli 1972?

29. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um der ständig zurückgehenden Zahl an Lehrlingsstellen entgegenzuwirken?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

30. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Wie ist es zu erklären, daß Bundesminister Bahr angesichts der ihm vom Bundeskanzler zugewiesenen begrenzten Zuständigkeit und nach der Pressemitteilung des Auswärtigen Amts vom 4. März 1974, ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den jüngsten Moskauer Bahr-Gesprächen und den jüngsten Moskauer deutsch-sowjetischen Berlinexperten-Gesprächen bestehe nicht, laut eigener Aussage in der Panorama-Sendung vom 11. März 1974 mit Außenminister Gromyko die in den Zuständigkeitsbereich des Auswärtigen Amts fallenden Fragen der Rechtshilfe eingehend erörtert und der Einbeziehung Berlins in das deutsch-sowjetische Abkommen über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit ad referendum sogar abschließend besprochen hat?

31. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Worauf beruht die Gewißheit der Bundesregierung, daß die von Bundesminister Bahr mit Außenminister Gromyko ausgehandelte Vereinbarung die aktive Mitwirkung auch der Berliner Bundesinstitute sowie der vom Bund finanzierten oder mitfinanzierten Berliner Institute und Organisationen sichert, deren fehlende oder ungenügende Einbeziehung — ganz abgesehen von den politisch-rechtlichen Folgen — angesichts der Bedeutung dieser Institutionen für die wissenschaftlich-technische Kapazität der Hauptstadt Deutschlands das deutsch-sowjetische Abkommen für Berlin in hohem Maße entwerten würde?

32. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Trifft die Meldung der „Welt" vom 19. März 1974 zu, der persönliche Referent von Staatssekretär Gaus habe zu den Arbeiten am Gebäude der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin geäußert, „die Arbeiter in der Hannoverschen Straße 30 arbeiten für die Erfüllung des Plans und die ihnen gestellten Aufgaben für den nächsten Parteitag der SED", und ist die Bundesregierung — bejahendenfalls — der Auffassung, daß ein öffentlicher Bediensteter — insbesondere in solch herausgehobener Stellung —, der sich Propagandatiraden der SED zu eigen macht und die „Normenpeitsche" in der „DDR" als etwas selbstverständliches hinnimmt, ungeeignet ist, die Interessen des freien Teils Deutschlands in Ost-Berlin angemessen zu vertreten?

33. Abgeordneter **Wagner (Günzburg)** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung in ihren Verhandlungen mit dem Ostberliner Regime im Zusammenhang mit der Errichtung einer Ständigen Vertretung in Ost-Berlin vereinbart um sicherzustellen, daß alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes ungehindert in der Ständigen Vertretung vorsprechen können?

34. Abgeordneter **Wagner (Günzburg)** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung in ihren Verhandlungen mit dem Ostberliner Regime im Zusammenhang mit der Errichtung einer Ständigen Vertretung in Ost-Berlin vereinbart um sicherzustellen, daß alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes, die sich in der Ständigen Vertretung aufhalten, ungehindert in die Bundesrepublik Deutschland und das Land Berlin einreisen können?

35. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung in ihren Verhandlungen mit den Ostberliner Unterhändlern über die Errichtung einer Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin sichergestellt, daß der Leiter der Ständigen Vertretung und seine Mitarbeiter nicht das „CD"-Kennzeichen an ihren Autos führen müssen?

36. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung in ihren Verhandlungen mit den Ostberliner Unterhändlern über die Errichtung einer Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin sichergestellt, daß der Leiter der Ständigen Vertretung und seine Mitarbeiter nicht in der von Ost-Berlin herausgegebenen Liste für ausländische Diplomaten aufgeführt werden?

37. Abgeordneter **Dr. Zimmermann** (CDU/CSU)

Wie erklärt die Bundesregierung den Unterschied zwischen den Angaben zu den Kosten der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesministerien im Jahr 1972 in ihrer Antwort auf eine

Kleine Anfrage von CSU-Abgeordneten und den Angaben des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung (Frankfurter Rundschau vom 14. März 1974)?

38. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung erklären, ob Adressen von Bürgern, die sich an das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gewandt haben, der FDP-Fraktion des Deutschen Bundestags zugeleitet wurden und auf welche Weise dies gegebenenfalls geschah?

39. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Verwendet das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung denselben Adressenautomaten wie die FDP-Fraktion des Deutschen Bundestags?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

40. Abgeordneter **Dr. Rainer** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Behauptung in der Zeitschrift des Ostberliner Außenministeriums „Horizont", die Berliner Polizei werde in der Bekämpfung der Schwerstkriminalität von der Bundeswehr geschult, eine aus der Luft gegriffene böswillige Erfindung ist, und welche Schlußfolgerungen zieht sie aus diesem erneuten Versuch Ost-Berlins, die Bindungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Berlin entgegen dem Vier-Mächte-Abkommen anzugreifen, indem auf Grund falscher und unvollständiger Zitate aus dem Abkommen der Bundesregierung und dem Senat von Berlin ständig vorgeworfen wird, gegen das Abkommen zu verstoßen?

41. Abgeordneter **Dr. Rainer** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung unternommen, damit der von den tschechoslowakischen Behörden festgenommene deutsche Journalist Gengenbach freigelassen wird, und welche Auswirkungen wird das Verhalten der tschechoslowakischen Behörden, die den Betroffenen durch Erteilung des Einreisevisums erst ins Land reisen ließen und ihn dann festnahmen, auf das deutsch-tschechoslowakische Verhältnis haben?

42. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, dafür einzutreten, daß dem Europa-Kolleg in Brügge ein dem Europäischen Hochschulinstitut in Florenz vergleichbarer internationaler Status zugebilligt wird, der u. a. zur Verleihung akademischer Grade berechtigt, und teilt sie die Auffassung, daß eine Anhebung des Zuschusses für das Europa-Kolleg unabhängig davon erforderlich ist?

43. Abgeordneter **Mursch (Soltau-Harburg)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, und wenn ja, aus welchen Gründen hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt, für Flüchtlinge nichtdeutscher Staatsangehörigkeit aus Chile die Transportkosten nach der Bundesrepublik Deutschland unter Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel zu übernehmen, während deutsche Staatsangehörige die Kosten der Rückführung aus Ägypten bei Ausbruch des Nahostkrieges im Oktober 1973 dem Auswärtigen Amt erstatten müssen, wobei zwar Chartermaschinen zur Verfügung gestellt, aber Flugpreise für Linienmaschinen in Rechnung gestellt wurden?

44. Abgeordneter **Mursch (Soltau-Harburg)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, und wenn ja, weshalb waren die Dienststellen der Bundesrepublik Deutschland nicht in der Lage, für die am 15./16. Oktober 1973 aus Ägypten mit dem niederländischen Frachter „Ulla" nach Kreta evakuierten deutschen Staatsangehörigen eine angemessene Unterbringung auf Kreta vorzubereiten, wie es durch andere Nationen durch Bereitstellung von Passagierschiffen und Hotelunterkünften geschah, während die deutschen Staatsangehörigen noch eine weitere Nacht in den Laderäumen des Frachters verbringen mußten, bis sie am nächsten Tag mit Maschinen der Deutschen Lufthansa abtransportiert werden konnten?

45. Abgeordneter **Walkhoff** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Regelung der Mitbestimmung im Akademischen Rat des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz, wie sie in Artikel 9 des Übereinkommens vorgesehen ist, für ausreichend?

46. Abgeordneter **Walkhoff** (SPD)

Falls nein, beabsichtigt die Bundesregierung, durch ihren Vertreter im Obersten Rat des Europäischen Hochschulinstituts zu gegebener Zeit darauf hinzuwirken, daß die Gruppen der Abteilungsleiter, der Professoren, der sonstigen Mitglieder des Lehrkörpers und der Forscher dem Akademischen Rat zu gleichen Teilen angehören und daß jedes Mitglied des Akademischen Rats bei allen Entscheidungen eine Stimme hat und Beschlüsse mit Mehrheit gefaßt werden, wie es das Europäische Parlament am 15. März 1974 in einem Entschließungsantrag gefordert hat?

47. Abgeordneter **Coppik** (SPD)

Treffen nach Kenntnis der Bundesregierung Pressemeldungen (wie etwa in der Frankfurter Neuen Presse vom 15. März 1974) zu, daß die Sicherheitsbehörden der US-Streitkräfte den Aufbau einer Spezialeinheit zur Abwehr von Angriffen auf amerikanische Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland etwa durch Demonstranten planen, und wie beurteilt die Bundesregierung solche Planungen?

48. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Wie haben die tschechoslowakischen Behörden der Bundesregierung gegenüber die Verhaftung des deutschen Wirtschaftsjournalisten Werner Gengenbach begründet?

49. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Wie kann die Bundesregierung im Zusammenhang mit der „Normalisierung" des deutsch-tschechoslowakischen Verhältnisses künftig dafür Sorge tragen, daß die journalistische Arbeit deutscher Berichterstatter nicht wie im Fall Gengenbach durch Eingriffe des tschechoslowakischen Staatssicherheitsdienstes gestört oder unmöglich gemacht wird?

50. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung unternommen, nachdem der deutsche Journalist Werner Gengenbach während seines Besuchs auf der Brünner Lebensmittelmesse verhaftet worden ist, und warum hat es so lange gedauert, bis erste Nachrichten über mögliches Vorstelligwerden bei der Regierung in Prag bekannt geworden sind?

51. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Ist es der Bundesregierung möglich, Auskunft zu erhalten und zu geben, wie es den deutschen Volksangehörigen in der Sowjetunion ergangen ist, die wegen ihres Aussiedlungsbegehrens in den letzten zwei Monaten viermal in Moskau demonstriert haben, und ob jetzt ihrem Aussiedlungsbegehren stattgegeben worden ist?

52. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Welche Handlungen der Bundesregierung haben im einzelnen die arabischen Staaten bewogen, der Bundesrepublik Deutschland das Prädikat „araberfreundlich" zu verleihen, und welche Auswirkungen auf das deutsch-israelische Verhältnis sind aufgrunddessen bereits eingetreten und noch zu befürchten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

53. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Wieviel Rettungshubschrauber sind derzeit in der Bundesrepublik Deutschland im ständigen Einsatz, von wem werden sie finanziert, unterhalten, und welche Mittel stellen die jeweiligen Träger zur Verfügung?

54. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Auf welche wissenschaftlichen Vorarbeiten stützt die Bundesregierung die von ihr vorbereiteten neuen Richtlinien zur Reinhaltung der Luft?

55. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Welche Konsequenzen werden sich aus der Anwendung dieser Richtlinien für die Errichtung neuer Kohlekraftwerke ergeben?

56. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Ist die Bundesregierung in der Lage mitzuteilen, wie sich die im Verfassungsschutzbericht 1972 genannten Angehörigen links- und rechtsradikaler Organisationen auf die Bundeswehr (ohne Wehrpflichtige), auf den Bundesgrenzschutz und auf die Polizei der Länder aufteilen, und ist die Bundesregierung bereit, diese Aufgliederung gegebenenfalls bei künftigen Berichten beizubehalten?

57. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Wozu dienen die Verfügungen des Bundesamts für zivilen Bevölkerungsschutz an nachgeordnete Dienststellen, in denen zum einen praktisch detailliert vorgeschrieben wird, zu welchen Veranstaltungen Parlamentarier eingeladen werden können, und in denen zum anderen über den Grund bzw. den „vermuteten Grund" des Abgeordnetenbesuchs Bericht erstattet werden muß?

58. Abgeordneter **Pensky** (SPD)

Inwieweit hat die Bundesregierung Erfahrungen gesammelt, ob die Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Waffengesetz die erwünschte bundeseinheitliche Handhabung des Waffenrechts — insbesondere hinsichtlich der Bedürfnisprüfung — gewährleisten?

59. Abgeordneter **Pensky** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Verwaltungspraxis die Kriterien zur Auslegung des unbestimmten Rechtsbegriffs „Bedürfnis" in den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften (Nr. 32) weiter zu konkretisieren?

60. Abgeordneter **Gierenstein** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß internationale Erfahrungen mit Terroranschlägen auf Flughäfen in der Bundesrepublik Deutschland unberücksichtigt gelassen worden sind, und welche Folgerungen wird die Bundesregierung aus der Studie von Stabsoffizieren des Bundesgrenzschutzes zur Grundkonzeption der Sicherheitsmaßnahmen auf den Flughäfen der Bundesrepublik Deutschland ziehen?

61. Abgeordneter **Blank** (SPD)

Trifft es zu, daß der Bundesinnenminister — wie in der Presse anläßlich der Frankfurter Gewaltakte zu lesen war — auf Grund dieser und ähnlicher Vorfälle erwägt, das Demonstrationsrecht im Grundsatz zu ändern, und wenn ja, mit welcher Tendenz soll dies geschehen?

62. Abgeordneter **Dr. Böhme (Freiburg)** (SPD)

Stimmt die Bundesregierung der Äußerung von Professor Dahrendorf, Mitglied der EG-Kommission, zu („Zeit" vom 22. Februar 1974), daß keine internationale Absprache über die Standorte für neue Kernreaktoren am Rhein besteht, und daß dieser Zustand unverantwortlich ist?

63. Abgeordneter **Dr. Böhme (Freiburg)** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, durch internationale Vereinbarungen eine unzulässige thermische Belastung des Rheins zu verhindern und die Bevölkerung beider Rheinseiten hinsichtlich Reaktorsicherheit und Strahlenschutz sicherzustellen?

64. Abgeordneter **Dr. Zimmermann** (CDU/CSU)

Treffen Presseberichte zu, nach denen die Bundesregierung „Unternehmen in schwieriger Lage, die für die Meinungsvielfalt besonders wichtig sind" gezielte finanzielle Unterstützung geben will (Die Welt vom 21. März 1974), und nach welchen Kriterien soll die Auswahl getroffen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

65. Abgeordneter **Reiser** (SPD)

Warum sieht die Bundesregierung eine Notwendigkeit, einer besonders rechtskundigen Gruppe von Bürgern mit Mißtrauen zu begegnen, indem der Entwurf für ein neues Strafvollzugsgesetz vorsieht, daß Strafverteidiger beim Besuch ihrer Mandanten in Haftanstalten auf Waffen zu durchsuchen sind?

66. Abgeordneter **Hussing** (CDU/CSU)

Sind nach Auffassung der Bundesregierung Presseberichte richtig, daß sich in der Bundesrepublik Deutschland zwei Rechtsbereiche dadurch bilden, daß die öffentliche Verwaltung bei Rechtsverletzungen gegenüber Ausländern bzw. bei der Anwendung von Schutzvorschriften (Schulpflicht, Mietwucher) bei Ausländern einen anderen Maßstab als bei Deutschen anlegt?

67. Abgeordneter **Hussing** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß von einer Gleichberechtigung der ausländischen Arbeitnehmer solange nicht gesprochen werden kann, wie vor allem in Zeiten zurückgehenden wirtschaftlichen Wachstums die formal gleichen Rechte im arbeits- und sozialrechtlichen Bereich unter der Bedingung des ungewissen weiteren Aufenthalts stehen?

68. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung immer noch nicht zu den seit 1972 anhängigen Beschwerden beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen den Moskauer und Warschauer Vertrag Stellung genommen, und wie will sie dem Vorwurf begegnen, angesichts der Schnelligkeit, mit der sie zu den verfassungsrechtlich kaum weniger komplizierten Fragen Stellung genommen hat, die im Verfahren betreffend den Grundvertrag aufgeworfen waren, das Verfahren zu verschleppen?

69. Abgeordneter **Spilker** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung die Höchstgrenze von 25 000 DM bei der Sachschadenhaftpflicht der Deutschen Bundesbahn im Fall der Gefährdungshaftung heute noch als ausreichend an?

70. Abgeordneter **Spilker** (CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung, die heute nicht mehr gerechtfertigte unterschiedliche Behandlung der Gefährdungshaftung für Sachschäden im Straßenverkehr (Obergrenze 50 000 DM) und Sachschäden im Bereich der Deutschen Bundesbahn (Obergrenze 25 000 DM) zu beseitigen?

71. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Welche gesetzgeberischen Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus den Erfahrungen bei den Frankfurter Unruhen und insbesondere aus der Kritik zu ziehen, die der Frankfurter Polizeipräsident Müller an dem geltenden Demonstrationsstrafrecht und hier insbesondere an den im Jahr 1970 beschlossenen Liberalisierungen in diesem Bereich geübt hat?

72. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Können nach Auffassung der Bundesregierung die Argumente, mit denen in einer vom Senat der Vereinigten Staaten von Amerika bereits beschlossenen Gesetzesvorlage die Wiedereinführung der Todesstrafe für bestimmte schwere Verbrechen begründet wird, Anlaß geben zu einer Überprüfung der strafrechtlichen und kriminalpolitischen Situation in der Bundesrepublik Deutschland, und beabsichtigt die Bundesregierung angesichts der Entwicklung in den Vereinigten Staaten, die gesamte Problematik vorsorglich unter Beteiligung des Parlaments durch eine Kommission prüfen zu lassen?

73. Abgeordneter **Blank** (SPD)

Ist es der Bundesregierung bekannt, daß laut Meldung der Frankfurter Allgemein Zeitung vom 1. Februar 1974 sich in Norddeutschland eine sogenannte „Arbeitsgemeinschaft Diebstahlsbekämpfung" gebildet hat, und welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu diesem Tatbestand ein?

74. Abgeordneter **Freiherr Ostman von der Leye** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Hanns-Seidel-Stiftung in ihrer derzeit in verschiedenen deutschen Städten laufenden Ausstellung eine rote Fahne zeigt, die angeblich von der Polizei beim Sturm auf das Bonner Rathaus am 10. April 1973 beschlagnahmt worden ist, und falls ja, welche gesetzgeberischen Maßnahmen wird sie im Rahmen der Strafverfahrensrechtsreform ergreifen um sicherzustellen, daß Beweismittel in einem noch angängigen Strafprozeß nicht Gegenstand öffentlicher Schaustellung sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

75. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung einerseits Flugsportvereinen den Bezug von Benzin steuerfrei ermöglicht, andererseits jedoch den freiwilligen Hilfsorganisationen das gleiche Recht bei deren Fahrten zur Rettung von Menschenleben verweigert, und wenn ja, was veranlaßt sie dazu?

76. Abgeordneter **Härzschel** (CDU/CSU)

Welche Zins- und Substanzverluste haben die Sparer der Bundesrepublik Deutschland 1973 bei den Sparguthaben und öffentlichen Anleihen gehabt?

77. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den veränderten Wettbewerbsverhältnissen im Energieversorgungsbereich Rechnung zu tragen und die derzeitige Sondersteuer auf schweres Heizöl von 15 DM/t vor Ablauf der regulären Frist aufzuheben?

78. Abgeordneter **Dr. Fuchs** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die häufig geäußerte Befürchtung, daß durch die Einführung der Begriffe „enger zeitlicher Zusammenhang" und „inhaltsgleich" bei der Frage der Gewährung der 7 b-Abschreibung bzw. beim Wegfall der Investitionssteuer nach erneuter Bauantragstellung eine erhebliche Rechtsunsicherheit entsteht, und läßt die Tatsache, daß darauf verzichtet wurde, diese Begriffe näher zu bestimmen, darauf schließen, daß eine solche Bestimmung auf Schwierigkeiten stößt?

79. Abgeordneter **Dr. Fuchs** (CDU/CSU)

Welche Gründe waren dafür maßgebend, daß die Bundesregierung in bestimmten Fällen die Vergünstigung der 7 b-Abschreibung und den Wegfall der Investitionssteuer ausschließt, obwohl aus konjunkturpolitischen Gründen die Förderung des Baugewerbes dringend geboten erscheint?

80. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um das Bundesamt für Finanzen, das durch seine Arbeit zur Aufdeckung von Steuerflucht und -mißbrauch beiträgt, in die Lage zu versetzen, einen stärkeren Beitrag zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität zu leisten?

81. Abgeordneter **Dr. Dollinger** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, sich den Vorschlag des Verbands der Automobilindustrie zu eigen zu machen, den Gebrauchtwagenhändlern zu gestatten, beim Verkauf eines gebrauchten Autos von der Mehrwertsteuer auf den Verkaufspreis einen im Ankaufpreis enthaltenen Vorsteuerbetrag von 11% abzuziehen, und welche Erwägungen sind für die Haltung der Bundesregierung maßgebend?

82. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Wie nimmt die Bundesregierung zu dem vom Federal Reserve Board vorgelegten Entwurf eines Gesetzes Stellung, der die Tätigkeit ausländischer Banken in den USA auf einen Bundesstaat beschränkt, ist sie insbesonders der Auffassung, daß der freie internationale Austausch und Wettbewerb dadurch beeinträchtigt werden, und erwägt sie, im Wege der Retorsion die Tätigkeit amerikanischer Banken in der Bundesrepublik Deutschland auf ein Bundesland zu beschränken bzw. in der Europäischen Gemeinschaft darauf hinzuwirken, daß amerikanische Banken nur in jeweils einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft zugelassen werden?

83. Abgeordneter **Memmel** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen auf den Geldwert, wenn der Rat Prof. Köhlers befolgt worden wäre, die Währungsparität von 3,66 DM pro Dollar beizubehalten und den DM-Kurs nicht freizugeben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

84. Abgeordneter **Dr. Slotta** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB), ein Europäisches Büro für Erdöl einzurichten, damit das Gemeininteresse an der Erdölversorgung Europas vor den Interessen der multinationalen Ölkonzerne sichergestellt, eine echte europäische Solidarität in der Erdölversorgung garantiert wird und die Kontrolle des Markts und der Preisgestaltung nicht mehr in der Hand der Ölgesellschaften liegt, und welche Unterstützung will die Bundesregierung diesem Vorhaben geben?

85. Abgeordneter **Wolfram** (SPD)

Hält die Bundesregierung eine quantitative Erfolgskontrolle der sektoralen Strukturpolitik für eine geeignete Maßnahme, um den in der Literatur aufgetretenen Bedenken über die Wirksamkeit der sektoralen Strukturpolitik zu begegnen?

86. Abgeordneter **Wolfram** (SPD)

Welche politischen und fachlichen Bedenken haben darüber hinaus die Bundesregierung daran gehindert, entsprechende Forschungsaufträge oder ähnliche Maßnahmen zu unterstützen bzw. in Auftrag zu geben?

87. Abegordneter **Dr. Luda** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach wegen des Inhalts des Entwurfs einer Rechtsverordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz mehrere Elektrizitätsversorgungsunternehmen den Plan, neue Steinkohlekraftwerke zu bauen, fallengelassen haben?

88. **Abgeordneter Dr. Luda (CDU/CSU)**

Stimmt die Bundesregierung der Feststellung zu, daß der vom Bundeskanzler zur Stützung der Steinkohleförderung angekündigte Bau von weiteren zehn Steinkohlekraftwerken in den Revieren Ruhr, Aachen, Saar von den Gewerbeaufsichtsämtern nicht genehmigt werden kann, falls die Rechtsverordnung in der geplanten Fassung in Kraft gesetzt wird?

89. **Abgeordneter Kater (SPD)**

Welche Folgen hatten und haben nach den Erkenntnissen der Bundesregierung das Ölembargo und seine Auswirkungen, die nach Angaben des Verbands des Kraftfahrzeughandels in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland in den letzten Monaten zu einem Rückgang des Benzinumsatzes von durchschnittlich 14,6% führten, für die wirtschaftliche Existenz der kleinen Betriebe des Tankstellengewerbes?

90. **Abgeordneter Kater (SPD)**

Ist die Bundesregierung nicht der Auffassung, daß eine Überprüfung der Geschäftspraktiken der Mineralölkonzerne gegenüber den Tankstelleninhabern bei dem Abschluß von Abnahmeverträgen und zusätzlichen Vereinbarungen von sogenannten Sonderverkäufen durch die Tankstelleninhaber erforderlich ist?

91. **Abgeordneter Niegel (CDU/CSU)**

Ist die Bundesregierung in der Lage, die aus der „DDR" im Jahr 1973 und in den ersten zwei Monaten 1974 eingeführten Mengen von Polstermöbeln und die jeweiligen Preise bekanntzugeben, auch im Verhältnis zu den Vorjahren, und ist sie informiert darüber, ob die Preise für die Lieferungen aus der „DDR" für Polstermöbel nach den Grundsätzen der Kostendeckung, wie sie für die heimische Wirtschaft vorgenommen werden, kalkuliert wurden?

92. **Abgeordneter Niegel (CDU/CSU)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Polstermöbelbranche zum Teil schon fast sechs Monate kurzgearbeitet wird, und ist sie bereit, die Kurzarbeiterunterstützung auf 12 Monate zu verlängern?

93. **Abgeordneter Engelsberger (CDU/CSU)**

Trifft es zu, daß der Entwurf der Technischen Anleitung Luft (TAL) des Bundesinnenministeriums zu einer Stillegung alter Kraftwerksblöcke führt, weil eine Nachrüstung technisch unmöglich oder wirtschaftlich nicht vertretbar ist und daß dadurch bei Steinkohlekraftwerken Blockeinheiten in Höhe von 7400 MW und bei Braunkohlekraftwerken Blockeinheiten in Höhe von 1600 MW betroffen sind und daß damit insgesamt 20% der derzeit installierten Leistung stillgelegt werden müßte?

94. **Abgeordneter Engelsberger (CDU/CSU)**

Trifft es zu, daß auf Grund der beabsichtigten Verordnung des Bundesinnenministers (TA Luft) bei verschiedenen deutschen Großunternehmen Aufträge für Energieerzeugungsanlagen sistiert wurden?

95. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Ab wann rechnet die Bundesregierung mit der Möglichkeit, daß — insbesondere für die mittelständische Wirtschaft und das Fremdenverkehrsgewerbe — wieder günstige Kredite zur Verfügung stehen?

96. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die in einer Besprechung des Bundeswirtschaftsministeriums mit Verbandsvertretern am 6. Februar 1974, die sich u. a. mit dem Verdrängungswettbewerb zu Lasten des Einzelhandels und zu Gunsten der Großbetriebe des Handels mit Vollsortiment befaßte, vom Referenten des Bundeswirtschaftsministeriums wörtlich geäußerte Auffassung, „Der Einzelhandel hat ohnehin nur so lange eine Berechtigung, wie er vom Verbraucher in Anspruch genommen wird. Ich selbst brauche den Einzelhandel nicht, höchstens zur Information.", und gibt diese — nach dem Protokoll wörtliche — Äußerung die Mittelstandspolitik der Bundesregierung wieder?

97. Abgeordneter **Memmel** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die Feststellung eines mehr als 50%igen Wertverlustes der Deutschen Mark eine „kein korrektes Bild" vermittelnde isolierte Betrachtungsweise sei, da eine Erhöhung der Reallöhne entscheidend sei und steigende Preise in einem solchen Prozeß zwar bedauerlich seien, jedoch in der richtigen Relation zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gesehen werden müßten, wie sie Prof. Köhler in einem Interview (Der Gewerkschafter Nr. 7/1971) geäußert hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

98. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)

Sieht sich die Bundesregierung durch die Gründe zu dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, durch das die Frist von drei Tagen für verfassungsmäßig erklärt wird, innerhalb derer gegen ein Versäumnisurteil des Arbeitsgerichts Einspruch eingelegt werden kann, veranlaßt, den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Arbeitsgerichtsgesetzes vorzulegen, durch das die Einspruchsfrist der für die Versäumnisurteile von Amtsgerichten geltenden Frist von einer Woche angepaßt wird, und welche Erwägungen sind für die von der Bundesregierung eingenommene Haltung maßgebend?

99. Abgeordneter **Dr. Slotta** (SPD)

Sind Zeitungsmeldungen zutreffend, wonach in der Bundesrepublik Deutschland jährlich etwa eine halbe Million Kinder verunglücken, 80% aller Unfälle sich zu Hause, beim Spielen,

in der Freizeit oder in den Ferien, nur 20% sich auf dem Weg in den Kindergarten oder in die Schule und 20% in Gegenwart aufsichtspflichtiger Eltern ereignen, und welche verstärkten Aufklärungsmaßnahmen kann und will die Bundesregierung kurzfristig einleiten?

100. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Regelung des § 815 RVO, nach der die Berufsgenossenschaften den Beitrag zur gesetzlichen Unfallversicherung der Landwirte beim Eigentümer des Grundstücks erheben, insofern systemwidrig ist, als dies in der Praxis gelegentlich dazu führt, daß ein Eigentümer, der selbst nicht Landwirt ist, aber an einen landwirtschaftlichen Betrieb verpachtet, einen Beitrag zu einer Versicherung zahlen muß, die er selbst nicht in Anspruch nimmt, und ist die Bundesregierung bereit, hier Abhilfe zu schaffen?

101. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Eigentümer von Nebenerwerbsbetrieben, die ebenso wie die landwirtschaftlichen Unternehmer zur gesetzlichen Unfallversicherung der Landwirte beitragspflichtig sind, damit zu einer Versicherung herangezogen werden, die sie — da sie in aller Regel durch ihren Hauptberuf entsprechend versichert sind — faktisch nicht in Anpruch nehmen, und ist die Bundesregierung bereit, diesem unbefriedigenden Zustand durch die Herausnahme der Nebenerwerbslandwirte aus der Beitragspflicht ein Ende zu setzen?

102. Abgeordneter **Maucher** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Anträge auf Grund der Neufassung des § 48 des Bundesversorgungsgesetzes bei den Versorgungsämtern eingegangen sind und wieviel von den eingegangenen Anträgen positiv bzw. negativ entschieden worden sind?

103. Abgeordneter **Maucher** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Verordnung zu § 48 des Bundesversorgungsgesetzes dahin gehend zu ändern, daß in mehreren Fällen als bisher eine positive Entscheidung ermöglicht wird?

104. Abgeordneter **Löher** (CDU/CSU)

Will die Bundesregierung die meist strukturellen Mißstände bei der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer dadurch beseitigen, indem sie in Zusammenarbeit mit den Bundesländern die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer an die vorhandene Infrastruktur durch erzwungene Rotation, Begrenzung des Familiennachzugs oder Pflafondierung anpaßt, oder beabsichtigt die Bundesregierung, die Infrastruktur

bezüglich der Wohnungen, der sozialen Dienste, der Kindergärten und der Kindertagesstätten sowie im Schulsektor an die Ausländerzahl anzupassen und dafür die in der „mittelfristigen Finanzplanung zu antizyklischer Verwendung in der Rezession" zurückgelegten Infrastrukturmittel einzusetzen?

105. **Abgeordneter Franke (Osnabrück)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die vom Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit am 19. Dezember 1973 beschlossene Änderung der Anordnung „Fortbildung und Umschulung" für richtig, wonach mit Wirkung vom 1. April 1974 die Lehrgangsgebühren bis zu einer Höhe von 2 DM je Unterrichtsstunde und je Studierenden von der Bundesanstalt erstattet werden, jedoch für die Teilnehmer, denen bereits vor dem 1. April 1974 Leistungen nach altem Recht bewilligt worden sind, nur 1,25 DM erstattet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

106. **Abgeordneter Wüster** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts unter dem Aktenzeichen VII C 58/72 Caravaner, die auf der Durchreise eine fremde Stadt besichtigen wollen, nicht mehr den Wohnwagenanhänger für einige Stunden abkoppeln und parken können und dadurch das Gespann den Innenstadtverkehr einer fremden Stadt unnötig belastet, und ist die Bundesregierung bereit, die Straßenverkehrs-Ordnung dahin gehend zu ändern, daß auch das vorübergehende Parken eines zugelassenen Wohnwagenanhängers ohne Zugwagen ermöglicht wird?

107. **Abgeordneter Ey** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erfahrungen über Vor- und Nachteile mit den neu eingeführten Ortsausgangsschildern vor, die nunmehr keine Hinweise auf die Fahrtrichtungen beinhalten?

108. **Abgeordneter Dr. Eyrich** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf den von der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost bedienten Busstrecken vorwiegend dort keine Fahrpreisermäßigungen für kinderreiche Familien gewährt werden, wo es sich um Strecken handelt, die von der Deutschen Bundesbahn im Schienenverkehr nicht oder nicht mehr bedient werden und die vorwiegend in Naherholungsgebiete führen, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, diesen für die erholungssuchenden kinderreichen Familien höchst unbefriedigenden Zustand dadurch zu beseitigen, daß sie darauf hinwirkt, daß die auf Eisenbahnstrecken geltenden Fahrpreisermäßigungen auch auf allen Busstrecken gewährt werden?

109. Abgeordneter **Dr. Dübber** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß bei Verhandlungen mit der DDR über die Autobahn Berlin—Hamburg eine Trassierung durch den Kreis Lüchow-Dannenberg und die Lüneburger Heide aus strukturpolitischen Gründen erwünscht wäre und daß Berlin damit die kürzeste Straßenverbindung zur Bundesrepublik Deutschland erhalten könnte?

110. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Warum wurde bzw. wird nicht gegen alle Fluglotsen disziplinarrechtlich vorgegangen, die Teilzusammenbruch und Beeinträchtigung des Flugverkehrs in Deutschland verursacht haben, und von welchen Maßstäben hat sich die Bundesregierung bei dieser unbefriedigenden Reaktion auf eine schwerwiegende Herausforderung von Bundesregierung und gesetzgebenden Körperschaften leiten lassen, die geeignet war, das verfassungsrechtlich geschützte Institut des Berufsbeamtentums in seinen Grundfesten zu erschüttern?

111. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Trifft die Meldung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 16. März 1974 zu, gegen lediglich 95 Fluglotsen seien wegen Beteiligung an den rechtswidrigen Arbeitsverweigerungen Disziplinarverfahren eingeleitet worden, wovon über die Hälfte (49) eingestellt worden seien, während nur gegen sieben Fluglotsen Geldbußen verhängt worden seien und 39 Verfahren noch andauerten, und wie erklärt — bejahendenfalls — die Bundesregierung, daß ein Zwölftel aller Fluglotsen den Flugverkehr in Deutschland erheblich beeinträchtigen und zu einem wesentlichen Teil lahmlegen konnten?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die bisher entwickelten Vorschläge zur Gründung einer Universität der Vereinten Nationen?

2. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, eine zukünftige Universität der Vereinten Nationen in einer Stadt der Bundesrepublik Deutschland anzusiedeln, und ist die Bundesregierung bereits mit dieser Zielsetzung beim Generalsekretär der UN tätig geworden?

3. Abgeordneter **Windelen** (CDU/CSU)

Gilt seitens der Bundesrepublik Deutschland auch für solche Personen mit Wohnsitz im Gebiet der Volksrepublik Polen Visumzwang, die nach deutschem Recht — im Gegensatz zur polnischen Auffassung — deutsche Staatsbürger sind, und wie lautet gegebenenfalls die rechtliche Begründung dafür?

4. Abgeordneter **Hösl** (CDU/CSU)

Trifft die Meldung der „Welt" vom 19. März 1974 zu, die Sowjetunion habe gegen die Berlin-Klausel in dem Entwurf eines Gesetzes zur Regelung besonderer dienstrechtlicher Fragen der Bediensteten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik Protest eingelegt, und deutet — bejahendenfalls — dieses Verhalten der Sowjetunion darauf hin, daß sie nach wie vor bestrebt ist, die herkömmlichen Bindungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Berlin, wie sie durch das Vier-Mächte-Abkommen bestätigt worden sind, einzuschränken und in Frage zu stellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

5. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Wie steht die Bundesregierung zu bekanntgewordenen Plänen des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks, im Ballungsraum des Rhein-Main-Dreiecks bei Treburg im Kreis Groß-Gerau ein zweites Kernkraftwerk zu errichten?

6. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung zur Verbesserung der Luftrettung bei Verkehrsunfällen oder anderen Schadensereignissen in Mittelfranken in den letzten Jahren getan, und was beabsichtigt die Bundesregierung, um den in Mittelfranken vorhandenen Mangel an Rettungshubschraubern zu beheben?

7. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung für die Abschaffung des Berufsbeamtentums zugunsten eines einheitlichen Dienstrechts für alle Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst, wie das vom JUSO-Bundesausschuss lt. Meldung der Frankfurter Rundschau vom 20. März 1974 gefordert wird?

8. Abgeordneter **Immer** (SPD)

Inwieweit trägt die Bundesregierung den Bestimmungen des von ihr eingebrachten Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) Rechnung, wenn es um Lärmbelästigungen gegenüber Anwohnern von Einrichtungen auf dem Gelände der Deutschen Bundesbahn geht?

9. Abgeordneter **Immer** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung bereit zu überprüfen, ob die mit Genehmigung der Deutschen Bundesbahn im Bereich des Bahnhofs Herdorf arbeitende Schrottverwertungsfirma Plate - Eiserfeld die angrenzenden Wohngebiete durch Betriebslärm nach §§ 4 und 5 BImSchG unangemessen belästigt und gegebenenfalls darauf hinzuwirken, daß die Genehmigung begrenzt bzw. untersagt wird?

10. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung das erneute und erheblich verstärkte Auftreten der Dreikantmuschel im Bodensee, welche Gefahren sind damit verbunden und wie können sie wirkungsvoll bekämpft werden?

11. Abgeordneter **Dr. Eyrich** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Beamtenwitwen, die im öffentlichen Dienst tätig sind, sich das von ihnen bezogene Gehalt teilweise auf ihre Witwenbezüge anrechnen lassen müssen und dadurch ein wesentlicher Anreiz zum Eintritt in den öffentlichen Dienst für diese Personengruppe entfällt?

12. Abgeordneter **Dr. Eyrich** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, dem Bundestag ein Gesetz vorzulegen, das eine Änderung der einschlägigen Bestimmungen zum Inhalt hat und die mit der jetzigen Regelung verbundenen finanziellen Nachteile für die Beamtenwitwen verhindert?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

13. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die Anregung von Professor Dr. Karl Sieg aufzugreifen und den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, den Pfändungsschutz der Zivilprozeßordnung auf die Kapitalsicherungssummen der privaten Lebensversicherung auszudehnen, die der Bezugsberechtigte bzw. dessen Angehörige als Versorgungskapital erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

14. Abgeordneter **Schäfer (Appenweier)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß als Folge der faktischen Abwertung des französischen Franc gegenüber der DM sich die Einkommenssituation der Grenzgänger, die in Frankreich arbeiten, erheblich verschlechtert hat, und gedenkt die Bundesregierung zu helfen indem sie z. B. Ausgleichszahlungen leistet?

15. Abgeordneter **Schäfer (Appenweier)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Renten der Rentner, die als Grenzgänger jahrelang in Frankreich gearbeitet haben, auf Grund der faktischen Abwertung des französischen Franc sich so rapide verringert haben, daß sie in vielen Fällen nicht mehr zum Bestreiten des Lebensunterhalts ausreichen, und wie gedenkt die Bundesregierung, diesen Rentnern in ihrer nichtverschuldeten Situation zu helfen?

16. Abgeordneter **Dr. Köhler (Duisburg)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, auf den Teil der Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer, die ausschließlich auf der Preiserhöhung für Rohöl beruhen, zu verzichten, indem sie die Mineralölsteuer auf leichtes Heizöl streicht und auf Benzin um 1,5 Pfennig pro Liter senkt?

17. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Welche Möglichkeiten bestehen, dem Postsportverein „Blau-Gelb" Darmstadt e. V. auf dem 17 ha großen Gelände des ehemaligen US-Schießübungsgeländes an der Heimstättensiedlung in Darmstadt, das von der Bundesvermögensstelle bei der Oberfinanzdirektion Frankfurt/Main verwaltet wird, rund 4 ha für Sportanlagen bereitzustellen?

18. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Ist es angesichts der grundsätzlichen Verkaufsbereitschaft der Bundesvermögensstelle gerechtfertigt, daß erst die Entscheidung über die endgültige Führung der Bundesstraße B 3,

die die Schaffung von dort wegfallendem Sportgelände der Turngemeinde Bessungen auf dem o. a. Gelände (US-Schießgelände) erfordert, abgewartet werden muß, bevor eine Verkaufsentscheidung oder mögliche Besitzeinweisung für die Post in Frage kommt, obwohl von den 17 ha zumindest 9 ha für die Turngemeinde Bessungen verbleiben würden und die jahrelange Nichtnutzung des Areals in Art einer „Sandwüste" für die Darmstädter Bevölkerung kaum verständlich ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

19. Abgeordneter **Kater** (SPD)

Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen, wonach etwa 5000 Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland ohne Lebensmitteleinzelhandelsgeschäfte sind?

20. Abgeordneter **Kater** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun bzw. zu veranlassen, um für Bürger in diesen Gemeinden, vor allem für ältere Mitbürger und Arbeitnehmerfamilien, die nicht über entsprechende eigene Verkehrsmittel verfügen, die Lebensmittelversorgung jederzeit sicherzustellen?

21. Abgeordneter **Dr.-Ing. Oldenstädt** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den durch Paritätsänderungen zwischen der italienischen und der deutschen Währung hervorgerufenen Importdruck auf die deutsche Lederindustrie und die damit verbundene Wettbewerbsverzerrung in der EG auszugleichen?

22. Abgeordneter **Dr.-Ing. Oldenstädt** (CDU/CSU)

Wie vermag die Bundesregierung den Widerspruch aufzulösen, der zwischen den Kreditkonditionen für Ostblockstaaten und jenen Bedingungen besteht, unter denen die Kreditanstalt für Wiederaufbau der ledererzeugenden Industrie Hilfe in ihrer Notlage anbietet, wenn die Staatshandelsländer die billigen Kredite nutzen, um mit großzügigen Angeboten den europäischen Rohwarenmarkt in Leder auszukaufen und den Wettbewerb deutscher Einkäufer unmöglich zu machen?

23. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung zwischen der Verordnung TA Luft, der daraus resultierenden Stillegung von

Energieerzeugungsanlagen, den Ankündigungen im Energieprogramm und den verschiedenen Äußerungen des Bundeswirtschaftsministers und des Bundeskanzlers zur Sicherstellung der Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland?

24. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß die geplanten Energieinvestitionen langfristig koordiniert werden mit Umweltschutzmaßnahmen, und wie betrachtet sie in diesem Zusammenhang die kurzfristigen Maßnahmen der Verordnung TA Luft?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

25. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Zu welchem Zeitpunkt und aus welchem Anlaß hat die Bundesregierung den Grenzausgleich auf alle Gartenbauprodukte im Ministerrat gefordert?

26. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Wieviel landwirtschaftliche Betriebe wurden in den Jahren 1967 bis 1970 auf Grund des „Höcherl-Plans" und wieviel wurden mit dem einzelbetrieblichen Förderungsprogramm zwischen 1970 bis 1973 mit welchen Mitteln gefördert?

27. Abgeordnete **Frau Dr. Orth** (SPD)

Nimmt die Bundesregierung Einfluß auf die Auswahl der Projekte der Bundesforschungsanstalt für gartenbauliche Pflanzenzüchtung, 207 Ahrensburg, Bornkampweg, und wenn ja, in welcher Weise?

28. Abgeordnete **Frau Dr. Orth** (SPD)

Wie wird die wirtschaftliche Auswertung der Förderungsergebnisse der Bundesforschungsanstalt für gartenbauliche Pflanzenzüchtung von der Bundesregierung kontrolliert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

29. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Empfängerinnen von Witwenaltersgeld, deren verstorbene Ehemänner sich bei Inkrafttreten des Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte von der Versicherungspflicht hatten

befreien lassen und zu ihrer privaten Krankenversicherung einen Beitragszuschuß erhielten, der Beitragszuschuß nicht weitergezahlt werden kann, weil sie bei Inkrafttreten des Gesetzes mangels eigener Versicherungspflicht keine Befreiungsmöglichkeit hatten, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, wie in derartigen Fällen der Beitragszuschuß zu der oft bereits seit Jahrzehnten bestehenden privaten Krankenversicherung weiter gewährt werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

30. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß 30% der Sanitätsoffiziere Zeitsoldaten sind, die die Zulage von monatlich 350 DM nicht erhalten?

31. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung es für vertretbar, daß die z. T. in reinen truppendienstlichen Funktionen eingesetzten Zeitsanitätsoffiziere auf Grund ihres Status gegenüber den Berufssanitätsoffizieren schlechter besoldet werden, auch wenn die Zeitsanitätsoffiziere dieselben Tätigkeiten und Funktionen ausüben wie Berufssanitätsoffiziere, denen früher diese Tätigkeiten und Funktionen vorbehalten waren?

32. Abgeordneter **Mursch (Soltau-Harburg)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, von der seit Jahren bestehenden, bisher aber nicht realisierten, Planung einer Erweiterung des Truppenübungsplatzes Munster-Nord im Gebiet der Gemeinden Lopau, Wulfsode und Ehlbeck/Rehrhof sowie im Gebiet des Lopautals im Hinblick auf den hohen Erholungswert dieses Gebiets und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß das gesamte Gebiet im niedersächsischen Landesraumordnungsprogramm als Erholungsgebiet ausgewiesen ist, Abstand zu nehmen, um die fortbestehende Unruhe und Ungewißheit der betroffenen Bevölkerung zu beheben?

33. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Ist es nicht möglich, die aus nur etwa 350 Besatzungsmitgliedern bestehende U-Boot-Flottille ausschließlich aus Freiwilligen zu rekrutieren, und warum kann für diese geringe Anzahl von außerordentlich belasteten Soldaten im Jahr nicht mindestens eine, der gesundheitlichen Vorsorge dienende, Terrainkur vorgeschrieben werden?

34. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Wie viele Soldaten der Bundeswehr (ohne Wehrpflichtige) waren nach den letzten Erkenntnissen Mitglieder von Parteien und sonstigen Organisationen, die vom Bundesinnenministerium bzw. von den Verfassungsschutzämtern als rechts- oder linksextremistisch eingestuft werden, und wie verteilen sie sich auf die beiden Bereiche?

35. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung im Interesse einer rationellen Auslastung des Annahme- und Versandgebäudes den Bau einer Konservierungs- und Verpackungsanlage sowie weiterer Lagerhallen beim Marinematerialdepot 4 in Weener für erforderlich, und ist sie gegebenenfalls bereit, diese Baumaßnahmen unverzüglich zu veranlassen, damit in dem konjunkturschwachen Arbeitsamtsbereich Leer zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, sowohl durch die Vergabe von Bauaufträgen als auch durch die erweiterten Aufgaben des Depots?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

36. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn beabsichtigt, die Bahnstrecke Bad Oldesloe—Schwarzenbek stillzulegen sowie die Güterbahnhöfe im Kreis Stormarn, Ahrensburg und Bad Oldesloe aufzuheben, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen, damit die durch die Zonenrandlage schon benachteiligte Wirtschaft durch diese Maßnahme nicht noch mehr an Konkurrenzfähigkeit verliert und die Infrastruktur dieses Raums weiterhin verschlechtert wird?

37. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auf das bundeseigene Unternehmen Deutsche Lufthansa einzuwirken, die mit der in Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes verbrieften Gleichberechtigung nicht zu vereinbarende Praxis der grundsätzlichen Ablehnung weiblicher Piloten zu unterlassen, besonders im Hinblick darauf, daß die Deutsche Lufthansa das Ausbildungsmonopol für diesen Beruf innehat?

38. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, auch die Dienstanfänger in den Kommunalverwaltungen und in der staatlichen inneren Verwaltung in den Kreis der Berechtigten, die eine Fahrpreisermäßigung für Schülerzeitkarten in Anspruch nehmen können, aufzunehmen?

39. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesbahnstrecke Bad-Oldesloe—Ratzeburg stillgelegt wird, wenn ja, auf welche Weise gedenkt die Bundesregierung, den dadurch geschädigten Landwirten, denen durch diese Stillegung sehr viel höhere Betriebskosten entstehen, zu helfen, und ist insbesondere die Deutsche Bundesbahn zu einer Entschädigung verpflichtet?

40. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, auf Grund der ansteigenden Stillegungen von angeblich nicht rentablen Bundesbahnstrecken, deren Versorgung durch Bahnbusse abgelöst wird, die durch die Deutsche Bundesbahn gewährten Fahrpreisermäßigungen, die bei Kinderreichen auch für Kinder, die das 12. Lebensjahr vollendet haben, 50% beträgt, auch im Bahnbusbetrieb einzuführen?

41. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung mit mir der Ansicht, daß die Erstreckung der Ermäßigung auch auf den Bahnbusverkehr schon deshalb erforderlich ist, weil sonst durch Stillegungsmaßnahmen familienpolitisch bedingte Vergünstigungen wegfallen, die im Anschlußverkehr Bahn-Bus bereits gewährt werden und deren Verweigerung für den Bahnbusverkehr damit als ungleiche Behandlung gleicher Sachverhalte anzusehen ist?

42. Abgeordneter **Franke (Osnabrück)** (CDU/CSU)

Ich frage die Bundesregierung, ob das von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Lärmschutzgutachten bereits vorliegt, wenn ja, welchen Inhalt hat dieses Gutachten und geht daraus hervor, daß die Bundesregierung die unerträglichen Lärmbelästigungen, die entstehen werden, durch Lärmschutzbaumaßnahmen mildern wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen

43. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Aus welchem Grund hält es die Bundesregierung für sinnvoll, Forschungsvorhaben zu fördern, die die Nahrungsgewinnung aus Erdöl zum Ziel haben?

44. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Was waren insbesondere die Gründe für die Vergabe des Forschungsvorhabens Proteingewinnung an die Firma Gelsenberg mit einem Forschungsaufwand von 10,4 Millionen DM?

45. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, zur Verbesserung und zur Gleichstellung der Lebensverhältnisse die Ortsnetzbereiche der Deutschen Bundespost auf dem flachen Land denen in den Ballungsräumen anzugleichen, und wenn ja, bis wann ist damit zu rechnen?

46. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Welche Postämter werden von den Bestrebungen des Bundespostministeriums betroffen, die durch eine neue Ämterorganisation in Ostfriesland größere Verwaltungseinheiten vorsehen, und hält die Bundesregierung die Auflösung von Postämtern und die damit verbundene Verminderung von Arbeitsplätzen in einem Gebiet für verantwortlich, dessen Strukturschwäche und hohe Arbeitslosigkeit bekannt sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

47. Abgeordneter **Dr. Slotta** (SPD)

Welche Mittel für welche berufsbildenden Maßnahmen im schulischen Bereich hat die Bundesregierung 1972 an das Saarland gezahlt?

Bonn, den 22. März 1974